

Die Wahlen zum 12. Präsidenten der türkischen Republik

INHALT

1. Recep Tayyip Erdoğan zum neuen Staatspräsidenten gewählt 2
2. Die Kandidaten im Wahlkampf 2
3. Vorwurf von Regelverstößen und Kritik an Einsatz staatlicher Ressourcen 3
4. Ausblick 4

1. Recep Tayyip Erdoğan zum neuen Staatspräsidenten gewählt

Bei der am 10. August 2014 erstmals als Volksabstimmung durchgeführten Präsidentenwahl in der Türkei waren knapp 56 Mio. Türiinnen und Türiken aufgerufen, den 12. Präsidenten der Republikgeschichte zu bestimmen. Ministerpräsident Erdoğan, der Anfang Juli seine Kandidatur offiziell erklärt hatte, erhielt bereits im ersten Wahlgang mit 51,7 Prozent die erforderliche Mehrheit. Der von CHP und MHP sowie 12 kleinen Parteien unterstützte „Dach-Kandidat“ Ekmelettin Ihsanođlu erreichte 38,5 Prozent und der von der HDP/BDP unterstützte Selahattin Demirtař 9,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag mit 74 Prozent deutlich unter der der Kommunalwahl vom 30. März 2014 (89 Prozent) und hat einen hohen Anteil am Wahlergebnis.

Erstmals hatten bei dieser Wahl auch 2,8 Mio. im Ausland lebende Türiken die Möglichkeit, ihre Stimme im Land ihres Aufenthalts abzugeben. Doch die Beteiligung an der Wahl blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Mit 1,4 Mio. registrierten Wählern lebt die größte Gruppe der Wahlberechtigten in Deutschland, allerdings machten von diesen nur 8,3 Prozent von ihrem Recht zur Stimmgabe Gebrauch. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung im Ausland bei rund 10 Prozent. Als mögliche Gründe für die sehr geringe Beteiligung werden in erster Linie die zum Teil weiten Anfahrtswege – in ganz Deutschland gab es lediglich in 7 Städten Wahllokale – sowie das Rendezvous-System genannt, das eine vorherige Anmeldung für die Stimmgabe erforderlich machte.

Die Ergebnisse der Präsidentenwahl wurden vor allem vor dem Hintergrund des Abstimmungsverhaltens bei der Kommunalwahl analysiert. Am Gesamtbild der regionalen Parteipräferenzen hat sich dabei wenig verändert. Der von CHP und MHP unterstützte Ihsanođlu lag insbesondere in Thrakien sowie an der Ägäis- und Mittelmeerküste vorn. Erdoğan erreichte in allen Provinzen zweistellige Zustimmung. Mit 49,8 Prozent führt er auch in Istanbul, das mit seiner hohen Wählerzahl von besonderer Bedeutung ist. Mit landesweit rund 20 Mio. Stimmen erreichte er ungefähr das Niveau des AKP-Stimmaufkommens bei der Kommunalwahl. Dass dies dennoch zur absoluten Mehrheit reichte, lag vor allem an der geringen Wahlbeteiligung, die zulasten von Ihsanođlu ging. Demirtař konnte demgegenüber das Stimmaufkommen von HDP/BDP vom Frühjahr sehr deutlich übertreffen. Hatten beide Parteien bei den Kommunalwahlen noch 5,9 Prozent erreicht, so erhielt Demirtař jetzt eine Zustimmung von 9,8 Prozent.

Angesichts von Meinungsumfragen, die Erdoğan kurz vor der Wahl bei bis zu 58 Prozent sahen, konnte Erdoğan zwar sein Ziel eines Sieges im ersten Wahlgang erreichen, blieb aber doch hinter den geweckten Erwartungen zurück. Demgegenüber gilt zumindest als „heimlicher Sieger“ Selahattin Demirtař, dem es erstmals gelungen ist, neben den kurdischen Stimmen auch die der türkischen Linken zu mobilisieren. Als ein wichtiger Faktor für diesen Erfolg wird angesehen, dass Demirtař nicht „Ethnizität“, sondern die gemeinsamen Interessen aller „Ausgebeuteten“ in den Vordergrund stellte.

2. Die Kandidaten im Wahlkampf

Ministerpräsident Erdoğan ging aus mehreren Gründen als Favorit in den Wettbewerb um das Präsidentenamt. Seit Jahren beherrscht er die Medienberichterstattung, monatelange Spekulationen über seine Kandidatur haben ihn im Gespräch gehalten und er hat den Bonus eines amtierenden Ministerpräsidenten vorzuweisen.

In den vergangenen Jahren hat die AKP Wahlen nicht zuletzt dadurch gewonnen, dass Fronten geschaffen wurden. Nach der Abrechnung mit dem alten Establishment und der „Vormundschaft“ des Militärs hat Erdoğan in diesem Wahlkampf den Kampf gegen die „Parallelstrukturen“ in den Vordergrund gestellt. Gemeint sind damit Gruppen von Gülen-Anhängern innerhalb von Justiz und Sicherheitsapparat, die, so jedenfalls die Lesart von Erdoğan und seinen Gefolgsleuten, einen Staat im Staate aufgebaut hätten und mit einem Putsch die Regierung zu stürzen suchten. Mit zwei groß angelegten Verhaftungswellen innerhalb der Polizei bewies Erdoğan nicht nur Stärke, sondern zeigte auch, dass nach der verbalen nun zur aktiven Verfolgung der „Parallelstrukturen“ übergegangen wird. Ermöglicht wurden die Verhaftungswellen nicht zuletzt durch die jüngste Justizreform, die im Juni verabschiedet wurde. Durch die Änderung von Verfahrensvorschriften sind nun Einzelrichter für alle richterlichen Entscheidungen in Untersuchungsverfahren zuständig.

Einen unverhofften Vorteil brachte Erdoğan zudem der israelische Angriff auf den Gaza Streifen. Mögen Erdoğan's Vergleiche des israelischen Vorgehens mit dem Holocaust der Türkei in den nächsten Jahren außenpolitisch Kopfschmerzen bereiten, so treffen sie bei seiner konservativ-religiösen Wählerbasis auf einen dankbaren Boden. Zudem überlagerte die Gaza-Berichterstattung weitgehend den Vormarsch der Terrorgruppe ISIS im Nord-Irak und den ungeklärten Verbleib des Personals des türkischen Generalkonsulats von Mosul. Der Generalkonsul und seine Mitarbeiter waren im Juni von ISIS bei der Besetzung Mosuls festgenommen worden. Die Verhängung einer Nachrichtensperre hierüber durch die türkische Regierung trug ebenfalls dazu bei, eine weitere öffentliche Problematisierung der Regierungsverantwortung für den Vorfall zu vermeiden.

Der zentrale Slogan von Erdoğan's Wahlkampagne war jedoch die „neue Türkei“. Zusammen mit seiner Betonung, dass er ein „aktiver Präsident“ sein werde, wird mit der „neuen Türkei“ der Übergang zu einer Präsidialdemokratie verstanden. Erdoğan machte immer wieder deutlich, dass er für einen parteigebundenen Staatspräsidenten eintritt, der über starke Exekutivkompetenzen verfügt.

Das Auftreten und die Positionen von Ekmelettin Ihsanođlu, dem ehemaligen Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, spiegelten demgegenüber die Strategie von MHP und CHP wider, die Wahl zu einer Abstimmung über das Konzept der Präsidialdemokratie zu machen. Ihsanođlu präsentierte sich als besonnener Intellektueller mit hoher außenpolitischer

Reputation. Während Erdoğan davon sprach, dass er sich auch zukünftig um den „Bau von Wegen“ kümmern wolle, entgegnete Ihsanoğlu, dass er seine Aufgabe eher im „Aufzeigen von Wegen“ sehe. Er vermied weitgehend Polemiken gegen den Ministerpräsidenten und verwies umgekehrt bei Angriffen von Erdoğan auf seine Person, dass er bis vor nicht allzu langer Zeit die Unterstützung Erdoğan's und der AKP genossen hatte. Als Repräsentant eines Bündnisses zwischen CHP und MHP musste er sich wie beispielsweise bei der friedlichen Lösung des Kurden-Konflikts auch Fragen stellen, in denen die Positionen der beiden Parteien weit auseinanderliegen. Ihsanoğlu übernahm die Position der CHP und trat für die Unterstützung des Friedensprozesses ein, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass er während seiner beruflichen Karriere auch einmal Berater des MHP-Gründers Alparslan Türkeş gewesen war.

Das eltzendlich schwache Wahlergebnis für ihn ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass Ihsanoğlu das Wählerpotential von CHP und MHP nicht ausschöpfen konnte, viele eigentliche Stammwähler den Urnen fernblieben und es teilweise sogar zu Wählerwanderungen weg von diesem Parteienbündnis kam. Die Stimmergebnisse einiger Provinzen mit hohem MHP-Wählerpotenzial deuten darauf hin, dass hier Wähler von der MHP zur AKP gewandert sind.

Für Selahattin Demirtaş bot der Präsidentenwahlkampf die Chance, für eine Demokratisierung der Türkei von links zu werben. Geschickt verband er Positionen, die zum einen die Spaltung der türkischen Gesellschaft entlang ethnischer und religiöser Grenzen durch das Anknüpfen an die Interessen der „Unterdrückten“ überwinden und die zum anderen auf direkte Demokratie durch Stärkung von Selbstverwaltung setzten. Dies brachte ihm auch die Sympathie vieler linker Wähler ein, die eine „kurdische Partei“ vermutlich nicht wählen würden und bei einem zweiten Wahlgang für Ihsanoğlu gestimmt hätten. Zugleich ermöglichte die Betonung von Zivilgesellschaft und Demokratisierung auch einen Wahlkampf in den westlichen Provinzen der Türkei zu führen. Die Schlusskundgebung seines Wahlkampfes hielt Demirtaş in Izmir ab, was umso bemerkenswerter ist, als BDP-Wahlkampfaktivitäten in der Vergangenheit dort stark behindert wurden. Ein wesentlicher Teil des Stimmanstiegs geht nicht zuletzt auf Westprovinzen zurück, während er die Stammwählerschaft von BDP und HDP im kurdischen Südosten halten konnte.

3. Vorwurf von Regelverstößen und Kritik an Einsatz staatlicher Ressourcen

Während bisher kaum Vorwürfe auf Manipulationen bei Stimmabgabe und Stimmauszählung vorgebracht wurden, hat die ungleiche Verteilung der Mittel für den Wahlkampf von Beginn an eine wesentliche Rolle gespielt. CHP, MHP und HDP hatten anfangs sogar den Rücktritt Erdoğan's als Ministerpräsident gefordert, um zu unterbinden, dass staatliche Helikopter und Flugzeuge für

dessen Wahlkampfreisen genutzt oder Eröffnungsfeiern als Wahlkampfkundgebungen zweckentfremdet würden. Erdoğan lehnte dies jedoch ab und ein Antrag beim nationalen Wahlkomitee scheiterte, weil die Wahlordnung diesbezüglich keine Vorschriften enthält.

Ein anschauliches Beispiel für die Nutzung des Amtsvorteils bildete die Inbetriebnahme der Hochgeschwindigkeitsbahnlinie Ankara – Istanbul. Während die zahlreichen Störungen im Bahnbetrieb seit Eröffnung der Strecke Ende Juli darauf hindeuten, dass die Strecke verfrüht in Betrieb genommen wurde, um im Wahlkampf genutzt zu werden, benötigte der erste Hochgeschwindigkeitszug beinahe einen ganzen Tag für die normalerweise sechsstündige Fahrt, weil Erdoğan an jeder Station eine Wahlkampfred hielt.

Daneben gibt es aber auch Hinweise auf handfeste Regelverstöße. Im Zentrum stand dabei vor allem die staatliche Rundfunk- und Fernsehstation TRT, der ein Verstoß gegen den Grundsatz der politischen Gleichbehandlung vorgeworfen wurde. Während von den Wahlkampfauftritten des Ministerpräsidenten ausführlich mit Live-Schalten berichtet wurde, kamen die Kandidaten der Opposition kaum vor. Einer Kontrolle durch die Rundfunkaufsichtsbehörde RTÜK entging TRT dadurch, dass erklärt wurde, „durch ein Versehen“ wären alle Aufzeichnungen über die Wahlkampfberichterstattung verloren gegangen; eine Überprüfung war somit nicht mehr möglich. In der Provinz Van kritisierte der dortige CHP-Vorsitzende, dass anlässlich einer Kundgebung die Landwirtschaftsbehörde der Provinzverwaltung alle Landwirte per Mail über die großzügigen Landwirtschaftsunterstützungen informierte, die von Erdoğan veranlasst wurden. Das Bildungsministerium mochte bei der Vorbereitung neuer Schulbücher nicht warten: in einer Ausgabe zum neuen Schuljahr war Erdoğan bereits vor der Wahl als 12. Türkischer Präsident aufgelistet.

Das Wahlgesetz für den Staatspräsidenten sieht erstmals auch Vorschriften für die Wahlkampffinanzierung vor. Demnach dürfen Kandidaten nur Mittel nutzen, die auf gesondert ausgewiesene Konten überwiesen werden. Zudem gab es eine Obergrenze für Einzelspenden von 9.000 TL (ca. 3.100€). Ersten Berichten zufolge – die detaillierten Aufstellungen der Kandidaten stehen noch aus – sammelte Erdoğan für seine Kampagne 55,26 Mio. TL (ca. 19,2 Mio.€), Ihsanoğlu 8,5 Mio. TL (ca. 3 Mio.€) und Demirtaş 1,5 Mio. TL (ca. 500.000€). Das hohe Ungleichgewicht beim Spendenaufkommen wird nicht zuletzt auf die Favoritenstellung Erdoğan's und die Tatsache zurückgeführt, dass die Spender bekanntgegeben werden.

Für Irritationen sorgte das nationale Wahlkomitee mit seiner Entscheidung, für die knapp 56 Mio. registrierten Wählerinnen und Wähler (im In- und Ausland) 75 Millionen Stimmzettel drucken zu lassen. Angesichts der Diskussionen hierüber sah sich das nationale Wahlkomitee genötigt, eine genaue Berechnung bekannt zu geben, die zum einen die Auflagenhöhe und zum anderen auch den Verbleib übriger Stimmzettel betraf. Es wurden Zahlen veröffentlicht, wie viele Wahlzettel jeweils pro Urne

vorgesehen wurden, wie viele Ersatzzettel an Kreiswahlleitungen geschickt wurden, wie viele für das Ausland bestimmt waren und wie viele für die Abstimmung an Grenzen und Flughäfen bereitgehalten wurden. Übrig gebliebene Stimmzettel bleiben unter der Kontrolle der Wahlkomitees und können darum nicht manipuliert werden.

4. Ausblick

Der Sieg von Recep Tayyip Erdoğan bei der Präsidentenwahl ist ohne Zweifel ein wichtiger Erfolg. Angesichts der geweckten Erwartungen von 57 oder 58 Prozent wird es jedoch zugleich auch als Enttäuschung aufgenommen. Um sein Ziel einer „neuen Türkei“ zu erreichen, muss die AKP bei den für Frühsommer 2015 vorgesehenen Parlamentswahlen ein Ergebnis von deutlich mehr als 50 Prozent erzielen, um eine verfassungsändernde Mehrheit zu erreichen und damit zur Präsidialdemokratie übergehen zu können. Bei einer vermutlich höheren Wahlbeteiligung bei der Parlamentswahl erscheint dies jedoch schwierig.

Erdoğan wird darum bei seinen Verfassungsplänen auf einen Koalitionspartner angewiesen sein. Diesen könnte er auf der Rechten bei der MHP oder auf der Linken bei HDP/BDP suchen. In beiden Fällen dürfte der Prozess zur Lösung des Kurdenkonflikts von zentraler Bedeutung sein. Es wird darum sowohl Erdoğan als auch seitens der neuen Regierung ein zentrales Anliegen sein, die Kurden-Frage auf der Tagesordnung zu halten, ohne jedoch weitreichende Schritte zu unternehmen. Denn solche Schritte würden entweder nationalistisch-türkische Wähler oder aber kurdische Wähler verprellen.

Spätestens seitdem Erdoğan seine Kandidatur für das Präsidentenamt offiziell verkündet hatte, wird auch intensiv darüber spekuliert, wer ihm dann auf die Posten des Parteivorsitzenden und des Ministerpräsidenten nachfolgen würde. Erdoğan selbst hatte sich dafür ausgesprochen, beide Ämter weiterhin in der Hand einer Person zu behalten. Staatspräsident Gül, gemeinsam mit Erdoğan einer der Gründer der AKP, wurde immer wieder als Kandidat ins Spiel gebracht und genießt auch innerhalb der AKP weiter großes Ansehen. Allerdings scheint das Verhältnis zu Erdoğan erheblich belastet. Ein Ministerpräsident Gül könnte für Erdoğan sehr viel unbequemer sein als ihm lieb ist. Mit Spannung wurde daher erwartet, welche Entscheidungen der AKP-Parteivorstand in seiner Sitzung unmittelbar nach der Wahl treffen würde. Ein Sonderparteitag zur Bestimmung eines neuen Parteivorsitzenden wurde nun für den 27. August gestgelegt. Dies ist genau ein Tag bevor Staatspräsident Gül offiziell aus dem Amt scheidet. Sollte es bei dieser Terminierung bleiben, kann sich Gül auf dem Parteitag als dann noch amtierender Präsident nicht für ein Parteiamt bewerben. Trotzdem kündigte Gül an, dass er in die AKP zurückkehren wolle.

Mit dem Antritt Erdoğan als 12. Staatspräsident am 28. August dürfte dann auch die angekündigte Neudefinition des Amtes einsetzen. Er hat im Wahlkampf keinen Hehl daraus gemacht, dass er die verfassungsrechtlichen Kompetenzen voll ausnutzen wolle. Dies schliesst beispiels-

weise die Teilnahme an Kabinettsitzungen ein, worüber Erdoğan sich direkt in die Regierungspolitik einbringen könnte.

Die Opposition hatte gewarnt, dass eine Niederlage Ihsanoğlu das Ende des parlamentarischen Regierungssystems in der Türkei bedeuten würde. Ob dies so eintritt, bleibt abzuwarten. Verloren haben aber in jedem Fall jetzt schon die beiden Oppositionsführer Kılıçdaroğlu und Bahçeli. Ihre Strategie, mit dem „Dachkandidaten“ Ihsanoğlu sich breiteren Wählerschichten zu öffnen, ist nicht gelungen. Vielmehr müssen sie sich vorwerfen lassen, eigene Stammwähler vertrieben zu haben. Es ist zu erwarten, dass der kemalistische Flügel innerhalb der CHP nun die Kraftprobe mit Kılıçdaroğlu suchen wird.

Demgegenüber stützt das Wahlergebnis von Demirtaş Hoffnungen auf die Rückkehr linker Positionen in die türkische Politik. Offen bleibt jedoch, inwieweit sich die beiden Demirtaş stützenden Parteien diese aus ihrer Sicht unorthodoxen Positionen tragen und glaubwürdig in die Öffentlichkeit bringen können.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich: Alexander Geiger
© FES Türkei, 2014

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**